



Darmstadt-Dieburg,

sicher, sozial und wirtschaftlich stark.



Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2026

28.01.2026

Inhalt

Präambel	2
1. Frieden: Diplomatie statt Militarisierung	3
2. Demokratische Erneuerung: Meinungsvielfalt schützen	3
3. Bildung und Schulen: Investieren statt Verwalten.....	4
4. Wohnen und Bauen: Gemeinwohl vor Rendite	4
5. Wirtschaft und Mobilität: Wohlstand und Arbeitsplätze sichern	5
6. Sicherheit ist ein Grundrecht – Soziale Sicherheit unser Fundament.....	6
7. Migration und Integration: Realismus statt Überforderung	6
8. Gesundheit: Der Mensch vor dem Profit	7
9. Familie: Kinder sind unsere Zukunft.....	7

Präambel

Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,

Unser Land befindet sich nach Jahren eines politisch sturen und ignoranten „Weiter so“ in einem labilen und kritischen Zustand: Viele Menschen haben das Vertrauen in die Politik verloren, weil über ihre Köpfe hinweg regiert wird. Einflussreiche Lobbys nehmen immer dreister Einfluss in der Politik. Statt Leistung zu belohnen, wird von den Fleißigen nach oben umverteilt. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird kaputtgespart, während für ideologische Projekte und Rüstung Milliarden vorhanden sind. Ein autoritärer Politikstil greift um sich, doch viele politische Entscheidungen zeigen sich schon auf den ersten Blick als planlos, kurzsichtig und teilweise inkompetent.

Das BSW wurde Anfang 2024 als eine neue politische Kraft gegründet, um den Menschen wieder eine Stimme zu geben, die sich eine Rückkehr der Vernunft in die Politik wünschen: Wir stehen für wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Meinungsfreiheit. Wir sind angetreten, um verkrustete Machtstrukturen aufzubrechen.

Das BSW steht für Argumente statt Ausgrenzung, Kompetenz statt Ideologie, Transparenz statt Klüngelei, respektvollen Dialog statt Beschimpfungen.

All das wollen wir schrittweise auch in den Kommunen verankern - wir wollen Ihre Stimme im Kreistag sein. In manche Detailfragen, die Gegenstand der Politik im Landkreis sind, werden wir uns noch einarbeiten müssen. Das zu sagen gehört zum ehrlichen Umgang mit den Bürgern dazu.

In unserem Wahlprogramm haben wir einige ausgewählte Positionen in wesentlichen Politikfeldern zusammengefasst, um Ihnen eine Orientierung zu geben, welche Art und welche Richtung von Politik Sie vom BSW im Kreistag erwarten dürfen.

Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen.

Wir kämpfen für eine Politik der Vernunft und Gerechtigkeit.

Für Sie im Kreistag Darmstadt-Dieburg.

Ihr Kreisvorstand des BSW Darmstadt-Dieburg

*Prof. Dr. Shervin Haghsheeno, Editha Katryniok,
Boris Raim, Michael Haselow, Volker Hundertmark*

1. Frieden: Diplomatie statt Militarisierung

Das BSW versteht sich als konsequente Friedenspartei. In Zeiten einer gefährlichen Eskalationsspirale darf auch die Kommunalpolitik nicht schweigen. Wir lehnen es ab, dass immer mehr Milliarden in Waffen fließen, während Schulen und Krankenhäuser verfallen. Wir wollen, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg ein Ort der Völkerverständigung bleibt und sich jedem Trend zur Militarisierung des zivilen Lebens entgegenstellt.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Wir fordern Transparenz hinsichtlich der Koordination von Kriegsnotmaßnahmen und Maßnahmen zur Umsetzung des sog. „Operationsplans Deutschland“ (OPLAN DEU). Die Militarisierung des Landkreises Darmstadt-Dieburg lehnen wir ab.
- Wir wollen die kommunalen Möglichkeiten ausschöpfen, um einen Ausbau der militärischen Infrastruktur zu verhindern.
- Beratung für Kriegsdienstverweigerer: Wir wollen eine unabhängige Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer einrichten und entsprechende Vereine fördern.
- Keine Werbefläche für den Krieg: Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundeswehr keine Werbung in Bussen oder Bahnen macht – insbesondere wollen wir den Auftritt der Bundeswehr bei Berufsmessen und Schulen zur Anwerbung von Minderjährigen unterbinden.
- Friedenskultur fördern: Wir fördern Städtepartnerschaften mit Kommunen aller Länder, um den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch als Basis für dauerhaften Frieden zu stärken.
- Wir unterstützen das Netzwerk „Mayors for Peace“ und stärken zivilgesellschaftliche Friedensforen und Bildungsprojekte zur gewaltfreien Konfliktlösung in Kitas und Schulen.
- Regionale Jugend-Friedenskonferenzen: Wir fördern regelmäßige Treffen für Jugendliche zum Dialog über internationale Konflikte und deren lokale Auswirkungen.

- Aktive Bewerbung internationaler Freiwilligendienste: Wir fordern Informationen über Programme wie das „Europäische Friedensjahr“ als Alternative zum Militärdienst.

2. Demokratische Erneuerung: Meinungsvielfalt schützen

Die Demokratie lebt vom offenen Streit um die beste Lösung, nicht von moralischer Belehrung. Wer sich in Opposition zum medialen Mainstream und zu den etablierten Parteien befindet, wird wahlweise als „Putinversteherr“, „Antisemit“, „Nazi“, „Covidiot“ oder „Verschwörungstheoretiker“ abqualifiziert. Dieser Entwicklung stellen wir uns konsequent entgegen. Eine lebendige Demokratie braucht Vernunft, Kritik, Widerspruch und offene Debatten um das beste Argument – nicht moralisierende Belehrung, und schon gar nicht immer mehr Überwachung und Verbote.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Politische Neutralität garantieren: Wir verpflichten kreiseigene Einrichtungen (z.B. VHS, Kulturzentren) auf strikte weltanschauliche Neutralität. Öffentliche Räume müssen für alle demokratischen Positionen offenstehen. Wir verankern das Prinzip, dass niemand aufgrund seiner politischen Meinung der Zugang zu öffentlichen Räumen oder Fördergeldern verwehrt werden darf, solange er sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt.
- Corona-Politik aufarbeiten: Wir fordern eine unabhängige Evaluierung der Corona-Maßnahmen im Landkreis, um deren soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen schonungslos offenzulegen.
- Echte Transparenz: Wir machen Schluss mit der Hinterzimmer-Politik. Ein öffentliches Lobbyregister muss dokumentieren, welche Interessenvertreter Einfluss auf Landrat und Verwaltung nehmen.

- Bürger entscheiden mit: Bei Großprojekten von herausragender Bedeutung für den Landkreis führen wir verbindliche Bürgerbeteiligungsverfahren ein, bevor Fakten geschaffen werden.
- Digitale Mitbestimmung: Wir führen eine Online-Plattform ein, auf der Bürger Vorschläge einbringen können. Erhalten diese genügend Unterstützung, muss der Kreistag sie zwingend behandeln.

3. Bildung und Schulen: Investieren statt Verwalten

Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Gute Bildung ist entscheidend für Aufstiegschancen und Lebensperspektiven. Das alles ist seit langem bekannt, aber geändert hat sich nichts: In kaum einem anderen westlichen Land hängen die Bildungschancen der Kinder so stark vom sozialen Status ihrer Eltern ab wie in Deutschland. Der Landkreis als Schulträger steht in der Pflicht: Unsere Kinder haben marode Gebäude und veraltete Technik nicht verdient. Die bittere Realität ist aber: immer weniger Geld steht für Schulpersonal, Technik und Gebäude zur Verfügung, während gleichzeitig für Kriegsgerät jeder Art Schulden ohne Ende gemacht werden dürfen.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Sanierungsoffensive starten: Wir priorisieren den Neubau und die Sanierung maroder Schulen und Kitas. Der Investitionsstau muss aufgelöst werden – Sicherheit und Sauberkeit gehen vor Prestige.
- Kostenloses Mittagessen: Kein Kind darf hungrig lernen. Wir setzen uns im Rahmen der Möglichkeiten des Landkreises für ein kostenloses, gesundes Mittagessen an allen Schulen und Kitas ein.

- Digitalisierung mit Augenmaß: Wir statten die Schulen mit zeitgemäßer Technik aus und sorgen für den nötigen IT-Support, damit Lehrkräfte unterrichten können, statt Kabel zu sortieren.
- Chancengleichheit sichern: Schulen in sozial benachteiligten Ortsteilen erhalten gezielte Zusatzförderung und Personalunterstützung.
- Gebührenfreiheit: Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für komplett gebührenfreie Kitas ein.
- Jugendarbeit stärken: Jugendzentren sind unverzichtbare soziale Ankerpunkte. Wir sichern ihre Finanzierung und bauen die Angebote aus.
- Kreisweites Mediatoren-Netzwerk: Einsatz von Schüler-Streitschlichter-Programmen an allen weiterführenden Schulen zur Förderung gewaltfreier Konfliktlösung.
- „Lernort Geschichte“ als Friedensbildung: Förderung von Fahrten zu Gedenkstätten, die historische Bildung mit aktueller Friedensarbeit verknüpfen.

4. Wohnen und Bauen: Gemeinwohl vor Rendite

Wohnen ist ein Grundrecht, kein Spekulationsobjekt. Der "freie Markt" hat versagt: Mieten explodieren, Normalverdiener finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen eine aktive Bodenpolitik, die Spekulation verhindert und Wohnraum schafft, der den Menschen gehört und nicht internationalen Finanzkonzernen. Gemeinnütziger Wohnungsbau muss gestärkt und größere Teile des Wohnungsmarktes wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterworfen werden.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Kreis-Wohnungsbaugesellschaft gründen: Wir schaffen einen kommunalen Player, der nicht auf Gewinnmaximierung, sondern auf Kostendeckung ausgerichtet ist, um dauerhaft bezahlbare Wohnungen zu bauen.

- Sozialquote durchsetzen: Bei neuen Baugebieten verpflichten wir Investoren vertraglich, mindestens 30% geförderten sozialen Wohnungsbau zu errichten.
- Erbbaurecht statt Ausverkauf: Öffentlicher Grund und Boden wird nicht mehr verkauft, sondern vorrangig in Erbpacht vergeben. So ermöglichen wir jungen Familien günstiges Bauen und behalten die Kontrolle über unser Land.
- Bauzwang gegen Spekulanten: Wer baureifes Land kauft, muss bauen. Wir führen Baugebote ein: Unbebaute Grundstücke fallen nach einer Frist an die Kommune zurück.
- Mietspiegel für Transparenz: Wir fordern qualifizierte Mietspiegel für alle Städte ab 20.000 Einwohnern, um ungerechtfertigte Mieterhöhungen zu bremsen.
- Soziale Durchmischung: Wir planen Quartiere so, dass Luxusviertel und soziale Brennpunkte vermieden werden.
- Sicherheit: bei Projekten in kommunaler Hand unterstützen wie eine unbefristete Sozialbindung. Bei privaten Investoren schöpfen wir die gesetzlichen Bindungsfristen maximal aus und entwickeln Modelle, um Wohnungen auch nach Ablauf der Förderfristen im bezahlbaren Segment zu halten. Bezahlbarer Wohnraum muss dauerhaft gesichert sein.

5. Wirtschaft und Mobilität: Wohlstand und Arbeitsplätze sichern

Unser Wohlstand fußt auf einem starken Mittelstand und einer funktionierenden Infrastruktur. Wir wehren uns dagegen, dass die ideologische Energiepolitik und bürokratische Hürden unser Handwerk und unsere Industrie ruinieren. Mobilität darf kein Luxus sein und nicht zum Erziehungsmittel gegen die Bürger werden. Wir brauchen Straßen und einen starken ÖPNV – gerade im ländlichen Raum.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Wir setzen auf ein ‚Bündnis für die Region‘: Wir werden eine Plattform schaffen, die Angebot und Nachfrage vor Ort besser vernetzt. Unternehmen, die sich besonders für den Standort engagieren und lokale Partner beauftragen, werden wir durch städtisches Marketing und öffentliche Auszeichnungen (z. B. ‚Partner der Gemeinde‘) sichtbar unterstützen und ihre Vorbildfunktion würdigen.
- Wir fordern die Unterstützung von kleinen Betrieben, Existenzgründern (Startups) und jungen Unternehmen durch Beratung, Finanzierungshilfen oder die Bereitstellung von Gründerzentren als Anlaufstellen für Fragen und Hilfestellungen.
- Schuldenbremse ist Investitionsbremse: Wir lehnen pauschale Kürzungen („Globale Minderausgaben“) im Kreishaushalt ab. Notwendige Investitionen in Schulen und Straßen müssen getätigt werden – zur Not kreditfinanziert.
- Vorrang für regionales Handwerk: Öffentliche Aufträge sind so auszuschreiben, damit lokale Betriebe eine Chance haben und nicht von Großkonzernen verdrängt werden. Tarifbindung ist dabei Pflicht.
- Energiepreise dämpfen: Wir stärken die kommunalen Stadtwerke und die Entega-Beteiligung, um eine bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen, statt uns Spekulanten auszuliefern.
- Auto nicht verteufeln: Das Auto ist im ländlichen Raum oft unverzichtbar. Wir stoppen die künstliche Verteuerung von Parken und Fahren und führen notwendige Sanierungen unserer Kreisstraßen durch.
- ÖPNV muss funktionieren und bezahlbar sein: Wir fordern Sozialtarife für Bus und Bahn. Der „DadiLiner“ muss dauerhaft finanziert und für Geringverdiener erschwinglich sein.
- Kostenfreie Schülerbeförderung: Der Weg zur Schule muss im gesamten Landkreis kostenlos sein. Die Taktung passen wir an die realen Schulzeiten an – das beendet das Elterntaxi-Chaos.
- Bürokratieabbau: Wir fordern eine „Fast-Lane“ bei Genehmigungen für Unternehmen

sowie pragmatische Lösungen, denn „Weniger ist manchmal mehr“. Wir beseitigen komplizierte und unnötige Informations-, Dokumentations- und Berichtspflichten, werden Genehmigungsverfahren verkürzen sowie Zuständigkeiten und Antragsverfahren im Regelungsbereich des Landkreises klar und verständlich organisieren.

6. Sicherheit ist ein Grundrecht – Soziale Sicherheit unser Fundament.

Sicherheit ist kein Thema für ideologische Parolen, sondern eine Frage der Lebensqualität. Wir kümmern uns pragmatisch darum und sorgen dafür, dass sich die Menschen im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu jeder Tageszeit sicher und zu Hause fühlen können. Statistiken sind das eine, das tägliche Erleben das andere. Wenn sich Menschen im öffentlichen Raum unsicher fühlen, ist das ein Auftrag zum Handeln. Wir setzen auf einen starken Staat, der Regeln durchsetzt, aber vor allem auf Prävention und sozialen Zusammenhalt.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Sicherheits-Check LaDaDi: Wir führen eine kreisweite Studie durch, um Angsträume objektiv zu identifizieren und gezielt durch Beleuchtung oder Präsenz zu beseitigen.
- „Schutzmann vor Ort“ ausweiten: Wir setzen uns beim Land Hessen nachdrücklich für mehr sichtbare Polizeipräsenz in unseren Gemeinden ein, die direkt ansprechbar ist.
- Kommunale Präventionsräte stärken: Wir vernetzen Polizei, Schulen und Sozialarbeit. Der Kreis muss diese Arbeit finanziell so ausstatten, dass Konflikte gelöst werden, bevor sie eskalieren.
- Sozialarbeit auf die Straße: Wir bauen die aufsuchende Straßensozialarbeit massiv aus.

Profis müssen dort sein, wo sich Jugendliche oder Menschen in Krisen befinden.

- Ordnung durchsetzen: Wir dulden keine rechtsfreien Räume. Regelverstöße müssen konsequent geahndet werden, dabei gilt: Das Gesetz gilt für alle gleich.

7. Migration und Integration: Realismus statt Überforderung

Die Kommunen sind am Limit. Eine verfehlte Bundespolitik lädt Probleme bei uns vor Ort ab, ohne die Mittel für deren Lösung bereitzustellen. Wir sprechen aus, was ist: Erfolgreiche Integration braucht Ressourcen und klare Regeln. Wir fordern eine Rückkehr zur Vernunft, um den sozialen Frieden im Landkreis zu wahren und unsere Handlungsfähigkeit zu retten.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Konnexitätsprinzip durchsetzen: Wer bestellt, bezahlt. Wir fordern vom Bund und Land die 100-prozentige Erstattung aller Kosten für Unterbringung und Integration. Wir akzeptieren keine neuen Aufgaben ohne finanzielle Deckung.
- Überlastung anzeigen: Wenn Wohnraum und Betreuungskapazitäten erschöpft sind, muss der Landkreis dies formal per Überlastungsanzeige dem Land melden. Zuweisungen müssen sich an der realen Aufnahmefähigkeit orientieren („atmendes System“).
- Sachwerte statt teurer Notlösungen: Statt Millionen an Hotelbetreiber oder für Containerdörfer zu verschwenden, bauen wir solide Unterkünfte in eigener Trägerschaft, die später als günstiger sozialer Wohnraum für alle Bürger genutzt werden können.
- Integration als Pflicht: Wir erwarten von Zuwanderern Integrationsbereitschaft. Wir machen uns stark für die konsequente Teilnahme an Sprachkursen und gemeinnütziger Arbeit, wo keine reguläre Arbeit möglich ist.

- Klartext nach oben: Wir verstehen uns als Anwalt der Kommunen gegenüber Berlin und Wiesbaden. Wir schweigen die Probleme der Überforderung nicht tot.

8. Gesundheit: Der Mensch vor dem Profit

Gesundheit ist keine Ware. Die Kommerzialisierung unseres Gesundheitswesens lehnen wir ab. Wir kämpfen für eine flächendeckende, hochwertige Versorgung, die sich am Bedarf der Patienten orientiert, nicht an der Rendite von Konzernen. Die kommunalen Kliniken sind das Rückgrat unserer Versorgung – sie dürfen nicht fallen.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Kreiskliniken retten: Wir stehen bedingungslos zum Erhalt der Kliniken in Groß-Umstadt und Jugendheim in öffentlicher Hand. Defizite dürfen nicht zu Privatisierung oder Leistungskürzungen führen. Wir fordern vom Bund eine echte Finanzierung der Vorhaltekosten.
- Ärztemangel bekämpfen: Wo niedergelassene Ärzte fehlen, gründet der Landkreis eigene Medizinische Versorgungszentren (MVZ), um die Haus- und Facharztversorgung zu sichern.
- Pflegende Angehörige entlasten: Wir bauen die Kurzzeit- und Tagespflege massiv aus. Wer Angehörige pflegt, leistet Schwerstarbeit und braucht Unterstützung vor Ort.
- Keine Kriegslogistik: Wir lehnen Pläne ab, unser Gesundheitswesen „kriegstüchtig“ zu machen. Unsere Kliniken dienen der zivilen Daseinsvorsorge.
- Kommunale Pflegeplanung: Der Landkreis braucht eine verbindliche Kommunale Altenhilfe- und Pflegeplanung, die nicht am grünen Tisch entsteht, sondern Pflegeanbieter, Nachbarschaftshilfen und Seniorenvertretungen aktiv einbezieht. Wir erstellen eine verbindliche Pflegeplanung unter Einbeziehung der Seniorenvertretungen, um altersgerechtes Wohnen und Pflege im Quartier voranzutreiben.

- Psychische Gesundheit ernst nehmen: Die psychosoziale Unterstützung muss ausgebaut werden, insbesondere fehlen flächendeckende Angebote für Menschen in Krisensituationen, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Hier muss der Landkreis Lücken schließen.

9. Familie: Kinder sind unsere Zukunft

Ein kinderfreundlicher Landkreis ist ein zukunftsfähiger Landkreis. Es darf in Darmstadt-Dieburg kein Armutsrisiko sein, eine Familie zu gründen. Wir wollen Eltern entlasten und Kindern – unabhängig vom Geldbeutel – den Zugang zu Sport, Kultur und Freizeit ermöglichen. Familienpolitik darf nicht am grünen Tisch gemacht werden, sondern muss die Betroffenen beteiligen.

Unsere Forderungen für den Landkreis:

- Gebühren runter: Wir prüfen alle kinderbezogenen Leistungen der Kreisverwaltung und streichen Gebühren, wo immer möglich.
- Beratung sichern: Wir garantieren den Erhalt und den Ausbau der Familien- und Erziehungsberatungsstellen. Hier wird nicht gekürzt.
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Wir führen Strukturen ein, die junge Menschen bei kommunalen Entscheidungen systematisch einbeziehen. Ihre Meinung zählt.
- Freizeit für alle: Wir fördern den kostenfreien Zugang zu Sport- und Kulturangeboten für Kinder aus einkommensschwachen Familien.
- Sichere Spielräume: Wir setzen uns in den Gemeinden für sichere, saubere und attraktive Spielplätze und Jugendtreffs ein. Öffentlicher Raum muss Aufenthaltsqualität für Familien bieten.
- Kinderarmut bekämpfen: Wir wollen, dass der Landkreis ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut erarbeitet und umsetzt.